

Stellungnahme Bericht SPD Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte hiermit Stellung zu den Anschuldigungen der SPD Fraktion im Amtsblatt gegenüber den Selbstständigen im Gemeinderat nehmen.

Im diesem Bericht wird Herrn Bauer, Herrn Haspel, Herrn Ramsaier, Herrn Silber, Herrn Wessely und mir latent unterstellt, die Gemeindeverwaltung zu bestechen und somit einen persönlichen Vorteil zu erhalten.

Des Weiteren wird der Gemeindeverwaltung Vorteilsnahme im Amt unterstellt.

Diese Unterstellung einer Straftat können und wollen wir nicht stehen lassen. Aus diesem Grunde fordere ich die SPD-Fraktion auf, entweder Fakten aufzuzeigen und diese auch bei den übergeordneten Behörden strafrechtlich anzuzeigen oder diesen ungeheuerlichen Vorwurf öffentlich zurückzunehmen und sich bei den Betroffenen zu entschuldigen.

Solch eine ungeheure Behauptung ohne die geringsten Anhaltspunkte in den Raum zu stellen, widerspricht unserem rechtsstaatlichen Grundverständnis auf das Äußerste und ist keine Basis für eine gute Zusammenarbeit. Dies ist eine rein selbstverherrlichende und populistische Vorgehensweise, die sämtliche Prüfungen durch die Fachbehörden schlicht ignoriert.

Durch ihr Verhalten in dieser Sache zerstört die SPD-Fraktion die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit und schadet dem Ansehen des Gremiums. Als Zeichen der Missbilligung werden wir deshalb bei der Haushaltsrede der SPD den Sitzungssaal verlassen.

Wir bieten hiermit eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten an, damit sich die SPD beraten kann, ob Sie die Anzeige mit sämtlichen Konsequenzen stellen will.

Nach den Paragraphen § 164 (Falsche Verdächtigung) und § 187 (Verleumdung) des Strafgesetzbuches werden wir gegen Frau Elke Kogler, als Stimmführerin der SPD und Unterzeichnerin des veröffentlichten Artikels im Amtsblatt, in dieser Sache rechtliche Schritte prüfen.

Jürgen Arnold